

PoWiNE Working Paper 3/2023

Wohnen & Nachhaltigkeit

Politikwissenschaftliche Perspektiven

Melanie Slavici *Hrsg.*



Bild: Shutterstock Nr. 649228261

ISBN: 978-3-948749-30-9, DOI: 10.24352/UB.OVGU-2023-002

PoWiNE Working Paper

Magdeburger politikwissenschaftliche Beiträge zu Nachhaltigkeit in Forschung und Lehre

Band 3

Eine Schriftenreihe der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Fakultät für Humanwissenschaften (FHW), Institut II: Gesellschaftswissenschaften, Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Nachhaltige Entwicklung

herausgegeben von:

Michael Böcher (michael.boecher@ovgu.de)

Katrin Beer (katrin.beer@ovgu.de)



„Ankommen“ und Wohnen von Migrant*innen in europäischen Städten. Einblicke in den transdisziplinären Austausch innerhalb des Projektes HOUSE-IN und der Fallstudie Leipzig

Abstract

*Dieser Beitrag gibt einen kurzen Einblick in das Projekt HOUSE-IN und dessen Erkenntnisse aus dem transdisziplinären Austausch zu Wohnen und sozialer Teilhabe von ankommenden Migrant*innen in verschiedenen europäischen Städten. Insbesondere wird vorgestellt, wie innerhalb des Projekts auf die veränderten Situationen durch den Krieg gegen die Ukraine eingegangen wurde. Ein besonderer Fokus liegt auf der Fallstudie Leipzig und den dortigen Bedingungen von Wohnen und sozialer Teilhabe, sowie auf dem lokalen Austausch mit den Praxispartner*innen, u.a. zu Diskriminierung im Kontext Wohnen und den besonderen Herausforderungen und Dilemmata im Kontext der Fluchtmigration aus der Ukraine.*

Schlagworte: Ankunft, Wohnen, Migration, Intersektionalität, Transdisziplinarität

This contribution gives a short insight in the project HOUSE-IN and its learnings from transdisciplinary exchange on housing and integration of migrant newcomers in different European cities. In particular, we will present how we reacted to the changed circumstances due to the war against Ukraine. A special focus is on the case study Leipzig and the conditions of housing and social participation, as well as on the local exchange with the practice partners. This exchange addressed local experience of discrimination in the context of housing and the special challenges and dilemmas in the context of refugee migration from Ukraine.

Keywords: housing, migration, discrimination, intersectionality, transdisciplinarity

Anika Schmidt und Dr. Annegret Haase

arbeiten im Department Stadt- und Umweltsoziologie am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ, Leipzig, mit dem Forschungsschwerpunkt auf nachhaltiger Stadtentwicklung.

Kontakt: anika.schmidt@ufz.de

annegret.haase@ufz.de

Wenn von den Zusammenhängen von Wohnen und Nachhaltigkeit die Rede ist, liegt der Fokus meist auf Aspekten des ökologischen Bauens und Wohnens, der energetischen Sanierung oder auch der Ausstattung des Wohnumfelds. In einem umfassenden Verständnis von Nachhaltigkeit spielen jedoch bekanntermaßen die Faktoren Ökologie, Soziales und Ökonomie eine Rolle. Ebenso kann Nachhaltigkeit nicht untersucht oder erreicht werden, wenn nicht auch Themen wie Gerechtigkeit und Chancengleichheit betrachtet werden.

Damit rücken im Kontext von Wohnen und Nachhaltigkeit auch Aspekte wie die Zugänglichkeit von Wohnungsmärkten, die Bereitstellung von adäquatem Wohnraum für verschiedene Bedarfsgruppen und die Bezahlbarkeit des benötigten Wohnraums in den Vordergrund. Aus einer solchen Perspektive wird beispielsweise auch deutlich, dass Aufwertung und Verdrängung von Wohnquartieren, z.B. im Kontext von (grüner) Gentrifizierung ebenso als Herausforderung für nachhaltige Stadtentwicklung zu sehen sind (Vgl. Haase & Schmidt, 2021). Auch innerhalb der Sustainable Development Goals spielt Wohnen eine zentrale Rolle und steht im engen Zusammenhang mit verschiedenen Teilzielen. Die Reduzierung sozialer Ungleichheit (Ziel 10) beispielsweise reflektiert sich in der Ungleichheit im Kontext Wohnen. Ein gleichberechtigter Zugang zu adäquatem Wohnen kann wiederum dazu beitragen andere Ungleichheiten zu überwinden (Vgl. Habitat for Humanity, 2021, S. 7, 12).

Dieser Beitrag gibt einen kurzen Einblick in das Projekt HOUSE-IN und dessen Erkenntnisse aus dem transdisziplinären Austausch

zu Wohnen und sozialer Teilhabe neu ankommender Migrant*innen in verschiedenen europäischen Städten. Insbesondere wird vorgestellt, wie innerhalb des Projekts auf die veränderten Situationen durch die Fluchtmigration aus der Ukraine seit Frühjahr 2022 eingegangen wurde. Es wird vorgestellt, welche Aktivitäten auf Ebene des europäischen Erfahrungsaustauschs umgesetzt wurden und anschließend ein besonderer Fokus auf die Aktivitäten und Erkenntnisse aus der Fallstudie Leipzig gelegt.

Das Projekt HOUSE-IN: Zugang zu Wohnraum und Prozesse des Ankommens im europäischen Vergleich

Die meisten europäischen Großstädte erleben Zuwanderung aus dem In- und Ausland. Diese erfordert ein stetes Überdenken der bestehenden Praktiken der sogenannten Integration und damit verbundener gesellschaftlicher Teilhabemöglichkeiten. Wohnen stellt eine der Grundvoraussetzungen und Grundlagen für die strukturelle und soziale Teilhabe in der Gesellschaft dar und wird maßgeblich von ökonomischen Kontexten beeinflusst. Im Projekt HOUSE-IN¹ näherten wir uns diesen Zusammenhängen über das Verständnis eines Nexus von Wohnen und Integration (engl. "Housing-Integration-Nexus") im Kontext des Ankommens von Migrant*innen.

Im Verständnis des Nexus von Wohnen und Integration umfasst Wohnen einerseits den Wohnraum selbst (Wohnung, Haus, Obdach) und bezieht sich andererseits auf die Ermöglichung der sozialen Teilhabe, einschließlich dem Zugang zu wohnungsnahen

¹ Das Projekt lief von Juni 2021 bis November 2022 und wurde durch Mittel des Bundesamts für

Bildung und Forschung im Rahmen des Urban Migration Calls der Joint Programming Initiative (JPI) Urban Europe gefördert.

Freiräumen und alltäglichen nachbarschaftlichen Interaktionen. Im Projekt wurde ein besonderer Fokus auf die soziale Teilhabe von neu zugewanderten oder im Rahmen von Flucht ankommenden Menschen gelegt. Dabei wurde anerkannt, dass der Zugang zu eigenem Wohnraum von intersektional verschränkten Bedingungen, wie den Sprachkenntnissen, der (zugeschriebenen) Herkunft oder Religion, dem Aufenthaltsstatus und z.B. dem Geschlecht beeinflusst wird. Wir verstehen Integration als einen gemeinsamen, wechselseitigen Prozess des gesellschaftlichen Miteinanders von Neuankommenden und der bereits vor Ort lebenden Bevölkerung, wobei Inklusion, Teilhabe und Chancengleichheit eine bedeutende Rolle spielen. Der Ansatz des Housing-Integration-Nexus berücksichtigt ebenso, dass die lokale Governance von Wohnen, Integration und Teilhabe dafür die zentralen Bedingungen schafft und, dass die Wohnungspolitik auch durch Politik und Gesetze auf unterschiedlichen Ebenen geprägt ist.

Das Projekt HOUSE-IN untersuchte Fallstudien in Leipzig (Deutschland), Wien (Österreich), Riga (Lettland) sowie Helsingborg und Lund (Schweden). Die Auswahl der Fallstudien erklärt sich aus der umfangreichen Forschung der Projektpartner*innen in Bezug auf Wohnen und Migration in diesen Städten, ihren gut etablierten Kontakten zu lokalen Praxisakteuren und den verschiedenen lokalen Rahmenbedingungen im Kontext der Stadtentwicklung (Wohnungsmarktdynamik und -governance, Zuwanderung und Fluchtmigration, sozial-räumliche Segregation). Es wurde ein explizit transdisziplinärer Ansatz gewählt und in jeder Fallstudie wirkte ein Team aus wissenschaftlichen, kommunalen und zivilgesellschaftlichen Institutionen zusammen². Zwischen

Juni 2021 und November 2022 wurden die lokalen Bedingungen des Zugangs zu Wohnraum, Sprachkursen und sozialer Infrastruktur, sowie die Wohnungsmarktstruktur und lokale Governance für die Fallstudien vergleichend untersucht und es fanden eine Vielzahl lokaler und überlokaler Workshops und Projekttreffen statt. In Anbetracht der Corona-Pandemie wurden diese z.T. ausschließlich online, z.T. hybrid umgesetzt.

In kurzen Fallstudienprofilen wurden für jede Stadt lokale Herausforderungen, aber auch Potentiale im Kontext des Nexus Wohnen und Integration herausgearbeitet³. Während beispielsweise der große Bestand an kommunalem Wohnraum in Wien ein erhebliches Potential für den Wohnungsmarktzugang benachteiligter Bevölkerungsgruppen bietet, schränkt die Vorgabe, dass Personen erst nach zwei Jahren Zugang zum kommunalen Bestand haben, dieses Potential erheblich ein (Reeger & Franz, 2021, S. 3f.). In Lund und Helsingborg sorgen peripher gelegene und stark segregierte Wohnanlagen für Geflüchtete für geringe Chancen einer echten Teilhabe, zugleich hat das kommunale Wohnungsunternehmen Helsingborgshem ein multigenerationales Co-Housing Projekt etabliert, das durch eine Vielzahl an Gemeinschaftsräumen ein intensiveres Zusammenleben der Bewohner*innen mit und ohne Fluchterfahrung ermöglicht (Arroyo et al., 2021). In Riga gibt es aufgrund der stark eigentumsorientierten Strukturen des lokalen Wohnungsmarktes trotz existierendem Wohnungsleerstand kaum ein verfügbares Wohnungsangebot für Neuankommende, v.a. Geflüchtete. Auf Leipzig wird unten ausführlich eingegangen.

² Siehe [Steckbriefe zu den Projektpartnern](#).

³ Siehe Case Study Reports für [Riga](#), [Leipzig](#), [Wien](#), [Helsingborg](#) und [Lund](#).

Umgang mit veränderten Realitäten: Der Krieg gegen die Ukraine

Der Projektzeitraum von HOUSE-IN (Juni 2021-November 2022) lag parallel zu einigen anhaltenden und neuen Herausforderungen: Die Corona-Pandemie stellte das Leben und Ankommen in den Fallstudienstädten weiterhin unter völlig veränderte Bedingungen. Sie verstärkte alte und schuf neue Ungleichheiten, u.a. auch im Kontext Wohnen (Haase, 2020). Der Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine ab Februar 2022 wird bekanntermaßen als „Zeitenwende“ bezeichnet und führte zu einer Fluchtmigration in die Nachbarländer und viele andere europäische Staaten. Unsere Partner*innen in Lettland waren zudem in persönlicher und beruflicher Hinsicht mit der humanitären Krise durch die Fluchtmigration aus und über Belarus befasst.

Der Krieg gegen die Ukraine machte frühzeitig deutlich, dass nahezu alle europäischen Städte eine neue Fluchtmigration erleben würden. Das Projektteam versuchte diesen veränderten Bedingungen gerecht zu werden und tauschte sich regelmäßig zur jeweiligen lokalen Situation in Riga, Wien, Leipzig, Helsingborg und Lund aus. Zudem bestanden Kontakte zu Wissenschaftler*innen aus Polen und der Ukraine. Im Mai 2022 wurde ein Ad-hoc-Workshop organisiert, um Einblicke in die sozialen, organisatorischen und politischen Bedingungen in verschiedenen Städten zu geben und Austausch zu ermöglichen. Ein besonderer Fokus lag dabei auf dem Thema Wohnen und der Organisation der Unterbringung. Dabei wurde deutlich, dass in allen Städten eine große Unterstützungsbereitschaft und Solidarität zu beobachten war. Aus allen Fallstudienstädten

wurde berichtet, dass die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure in vielen Fällen auf Erfahrungen aus den Jahren 2015/2016 aufbauen konnten und damit relativ schnell und gezielt Unterstützungsstrukturen entstanden. Erstaunlich war, dass ein Großteil der ankommenden Geflüchteten aus der Ukraine über familiäre oder freundschaftliche Netzwerke sowie eigens etablierte Vermittlungskanäle (von Initiativen geleitet oder informell über soziale Medien) privat untergebracht werden konnte (Haller et al., 2022). Allerdings war ebenso absehbar bzw. bereits spürbar, dass dies keine langfristige Lösung ist und eine hohe Belastung für Geflüchtete und Unterstützer*innen darstellt (Vgl. Astolfo et al., 2022). So beeindruckend diese schnelle, spontane Solidaritätswelle war und ist, so erschütternd waren leider auch die Berichte zur Selektivität dieser Solidarität, da aus der Ukraine flüchtende Menschen ohne ukrainischen Pass bei Unterstützungsstrukturen abgewiesen wurden, Grenzübertritte unmöglich oder erschwert waren (Haase et al., 2022). Ebenso wurden eklatante Unterschiede in der Anerkennung als Geflüchtete, der Schnelligkeit der Verfahren, dem Zugang zu Bildung, Arbeit und Transferleistungen deutlich. Personen aus anderen Herkunftsregionen, die z.T. schon längere Zeit in Deutschland leben, werden formell und strukturell benachteiligt (Haase et al., 2022).

Aufbauend auf diesem Austausch wurden im September 2022 zwei weitere Veranstaltungen organisiert. Im Rahmen digitaler Austauschformate wurde einerseits das Thema Rassismus und Diskriminierung im Kontext des Wohnens und Ankommens von Geflüchteten vertieft⁴ und andererseits der lokale Umgang mit den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen im Kontext

⁴ Dokumentation des Cross-Country Online Exchange [“How to cope with future challenges. Learning with Ukraine”](#) (September 28, 2022).

der Fluchtmigration in europäische Städte in den Blick genommen⁵. Bei beiden Veranstaltungen wurden weitere Partner*innen eingeladen, wie z.B. ukrainische Wissenschaftler*innen, die selbst flüchten mussten sowie Beratungsstellen für Betroffene von Diskriminierung und zivilgesellschaftliche Akteure im Kontext Wohnen.

Neben diesen projektübergreifenden Workshops fanden auch vor Ort in den Fallstudienstädten Aktivitäten der lokalen Partner*innen statt. Im Folgenden wird ein Fokus auf das Fallbeispiel Leipzig gelegt. Nach einem kurzen Überblick zu den lokalen Rahmenbedingungen wird vor allem darauf eingegangen, wie innerhalb des Projekts auf die veränderte Situation durch die Fluchtmigration aus der Ukraine eingegangen wurde.

Leipzig: Internationalisierung und vielseitige Solidarität treffen auf anhaltende Diskriminierung und Rassismus

Leipzig erfuhr seit den 1990er Jahren eine dynamische soziostrukturelle und bauliche Entwicklung von Schrumpfung hin zu intensivem Wachstum, besonders seit den 2010er Jahren (u.a. Rink, 2020). Die internationale Zuwanderung stieg in den letzten Jahren deutlich an und aktuell haben von den etwa 609 870 Leipziger*innen knapp 17% einen Migrationshintergrund (Stadt Leipzig, 2022b, S. 22), was im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten und dem bundesweiten Anteil (26,7%) jedoch weiterhin unterdurchschnittlich ist (Bundeszentrale für politische Bildung [bpb], 2022). Im Oktober 2022 lebten zudem mehr als 3.350 Personen in Leipzig, die Leistungen nach

dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten und es waren mehr als 9.750 Schutzsuchende aus der Ukraine im Melderegister der Stadt Leipzig erfasst (Stadt Leipzig, 2022a, S. 3). Die Grundstruktur des Wohnungsmarktes änderte sich in den letzten Dekaden grundlegend: Während bis in die Mitte der 2010er Jahre die Konsolidierung des Marktes und die Stadterneuerung im Fokus standen, zeigt sich heute ein Bedarf an Neubau und vor allem auch günstigem Wohnraum. Leipzig ist eine Mieter*innenstadt, in der 84% der Haushalte zur Miete leben (Stadt Leipzig, 2022b, S. 111).

Heute kann die Stadt als ein urbanes Zentrum mit einer sehr aktiven, vernetzten und vielfältigen Zivilgesellschaft bezeichnet werden. Initiativen beschäftigen sich u.a. mit alternativen Wohn- und Eigentumsformen, sozialer Wohnungspolitik und der humanitären Ausgestaltung von Aufnahme, Integration und Wohnen von Geflüchteten. Auf der anderen Seite sind Diskriminierung und Rassismus weiterhin weit verbreitet⁶. Der Zugang zum Wohnungsmarkt ist für Menschen mit (zugeschriebenem) Migrationshintergrund mit erheblichen Barrieren verbunden und mit Diskriminierung auf Grund von Aufenthaltsstatus, Sprachniveau, Herkunftszuschreibung (z.B. auf Grund des Namens oder Aussehens), Einkommen und/oder Empfang von Transferleistungen verbunden. Während einige Vermietungen Wohnungen mit pauschalen Begründungen (z.B. begrenzter Aufenthaltstitel, Empfang von Sozialleistungen) nicht vermieten, finden andere Formen der Diskriminierung oftmals versteckter statt. Dies ist z.B. der Fall, wenn bei Anfragen schlichtweg keine Antwort erfolgt, oder angegeben wird, dass die Wohnung schon vergeben

⁵ Dokumentation des Cross-Country Online Exchange [“Connecting racism and discrimination in refugee housing and home-making”](#) (September 20, 2022).

⁶ Siehe u.a. Dokumentationsprojekt Chronik L.E. unter <https://www.chronikle.org>.

wäre, obwohl ein Testing einer nicht migrierten Person das Gegenteil beweist (Antidiskriminierungsbüro [ADB] Sachsen, 2017). Die Migrant*innenbefragung der Stadt Leipzig (2021) enthält Informationen zu Diskriminierung in verschiedenen Lebensbereichen, wobei das Thema Wohnen an zweiter Stelle genannt wird: Von den Befragten fühlen sich nahezu zwei Drittel diskriminiert (37% wenig bis mittelstark, 22% (sehr) stark). Es zeigen sich zudem signifikante Unterschiede zwischen Herkunftsregionen: Migrant*innen aus Syrien, Afghanistan und Irak sind besonders häufig von Diskriminierung und Benachteiligung betroffen (Stadt Leipzig, 2001, S. 67f.).

Leipzigs angespannte Wohnungsmarktlage verstärkt die Benachteiligung einkommensarmer Wohnungssuchender und die beschriebenen Formen der Diskriminierung. Das dynamische Wachstum hat unmittelbare Implikationen für Wohnen und soziale Teilhabe, insbesondere darauf, welche Bedingungen eines gerechten Wohnungsmarktzugangs und Wohnens sowie für Ankommen und Inklusion in Quartier oder Nachbarschaft bestehen.

Innerhalb von HOUSE-IN arbeiteten verschiedene Partner*innen zusammen, die sich bereits seit vielen Jahren mit diesen Themen beschäftigen. Dazu zählt als wissenschaftlicher Partner im Bereich der Stadtsoziologie das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ – und als Praxispartner die Kontaktstelle Wohnen des Zusammen e.V., der Verein Internationale Frauen Leipzig e.V. und das Referat für Migration und Integration. Das Referat ist die kommunale Schnittstelle für Migration und Integration und ebenso für das Willkommenszentrum der Stadt Leipzig zuständig. Dort erhalten alle in Leipzig lebenden Migrant*innen Informationen und Beratung. Die Kontaktstelle Wohnen ist eine zentrale

Anlaufstelle für Menschen mit Fluchthintergrund und bietet Unterstützung bei der Wohnungssuche sowie allen wohnrelevanten Themen. Die Internationalen Frauen bieten mehrsprachige soziale Beratung, u.a. zum Thema Wohnen, sowie kulturelle und soziale Aktivitäten in verschiedenen Leipziger Stadtteilen an. Sie alle sind Teil einer vielfältigen Akteurslandschaft, die wichtige Unterstützung für (neu in Leipzig ankommende) Migrant*innen im Kontext Wohnen anbietet, die aber durch die große Nachfrage, den angespannten Wohnungsmarkt und begrenzte Projektförderung und Finanzierungszeiträume eine äußerst prekäre Arbeitsgrundlage hat (Werner et al., 2018).

Abbildung 1. Regal mit Flyern und Informationsmaterial in verschiedenen Sprachen im Willkommenszentrum der Stadt Leipzig.

Quelle: Foto von Anika Schmidt.



Über den gesamten Projektzeitraum tauschten sich die Leipziger Projektpartner*innen regelmäßig zu den aktuellen lokalen Herausforderungen und Handlungsbedarfen im Kontext Wohnen und Ankommen aus. Die Partner*innen haben dabei jeweils ihre spezifischen Perspektiven, Erfahrungen und Einblicke in ihre alltägliche Arbeit eingebracht und zugleich war der projektinterne Austausch ein Raum für Diskus-

sion, Reflexion und Information zu verschiedenen Aspekten von Wohnen und Migration in Leipzig. Themen, die dabei besonders im Vordergrund standen, waren die Diskriminierung bei der Wohnungssuche, Nachbarschaftskonflikte und die zunehmende Konkurrenz einkommensärmerer Haushalte um günstigen Wohnraum. Workshops mit externen Partner*innen und den Praxispartner*innen aus Riga, Wien, Lund und Helsingborg ermöglichten es, aus den jeweiligen Erfahrungen und Handlungsansätzen sowie umgesetzten Projekten zu lernen.

Umgang mit Fluchtmigration aus der Ukraine in Leipzig

Als Großstadt und Verkehrsknotenpunkt im östlichen Deutschland und als Stadt mit vielfältigen Verbindungen in die Ukraine (u.a. Städtepartnerschaft mit Kiew) war Leipzig eine der deutschen Städte, in denen frühzeitig viele Geflüchtete aus der Ukraine ankamen (z.T. um weiterzureisen). Die Stadtverwaltung und -politik etablierte und förderte sehr schnell neue Verfahrensformen, Anlaufstellen und Unterstützungsstrukturen. Kooperationen zwischen Stadt und Zivilgesellschaft, zwischen haupt- und ehrenamtlichen Leipziger*innen sowie sozialen Trägern und Einrichtungen wurden in diesem Kontext intensiviert. Auch die genannten Projektpartner*innen in HOUSE-IN waren in diesem Kontext stark involviert. Das Referat für Migration und Integration als Schnittstelle war Teil verschiedener kommunaler Koordinierungskreise und etablierte innerhalb kürzester Zeit eine zentrale Anlaufstelle für alle aus der Ukraine ankommenden

Menschen („Ankommenszentrum“). Die Kontaktstelle war die zentrale Stelle für Wohnraumvermittlung und erhielt temporär zusätzliche Personalstellen. Das Verfahren der Anmietung von Wohnraum für Geflüchtete wurde auf Seiten des Sozialamts vereinfacht und beschleunigt und zudem zeigte sich eine große Bereitschaft in der Bevölkerung, an Menschen aus der Ukraine zu vermieten oder diese temporär in den eigenen vier Wänden aufzunehmen.

Mit dem schnellen Zugang zu Wohnraum, Bildung, Arbeit und der kostenfreien Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs wurden für ukrainische Schutzsuchende Rechte und Möglichkeiten geschaffen, die anderen Geflüchteten und Migrant*innen, ebenso Drittstaatsangehörigen die aus der Ukraine geflüchtet waren, verwehrt bleiben. Die formell „erzwungene“ Ungleichbehandlung auf Grund rechtlicher Vorgaben sorgt für Spannungen und ethisch-moralische Dilemmata innerhalb der Arbeit von Behörden, Unterstützungs- und Beratungsstellen. Diese Situation wurde – trotz der intensiven Arbeitsbelastung der Projektpartner*innen – im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Projekttreffen diskutiert und es entstand der Wunsch, die Herausforderungen in größerer Runde zu besprechen. Im September 2022 wurde daher ein Fachaustausch zum Thema „Aufnahme Geflüchteter aus der Ukraine in Leipzig und deren Zugang zu Wohnraum: Neue Verfahrensformen, Kooperationen und Spannungsfelder“ organisiert und es wurden Vertreter*innen der Ausländerbehörde und des Sozialamts der Stadt Leipzig, sowie des Jobcenters, des sächsischen Flüchtlingsrats e.V. und zweier lokaler Quartiersmanagements eingeladen.

Abbildung 2. Visualisierung des Fachaustauschs zur Fluchtmigration aus der Ukraine in Leipzig.

Quelle: Foto von Anika Schmidt.



Beim Fachaustausch wurde betont, dass die Ausnahmesituation durch den Krieg gegen die Ukraine innerhalb des Kontexts einer ohnehin hohen regulären Fluchtmigration nach Leipzig und Deutschland zu sehen ist. Ein Kernproblem ist die Verfügbarkeit von Wohnraum, welches sich nicht auf die Lage von Geflüchteten beschränkt, sondern auf vielen politischen Ebenen und mit einer Vielzahl an Instrumenten angegangen werden muss. Vertreter*innen in Stadt, Quartiersmanagements und Zivilgesellschaft hoffen, dass das Engagement und die große Hilfsbereitschaft erhalten bleibt und betonen, dass es auf Seiten der Stadt wichtig ist, sich intensiver mit den Leistungen und Bedarfen zivilgesellschaftlicher Initiativen zu beschäftigen. Es wurde deutlich, dass die schnelle und effiziente Zusammenarbeit und Koordination von Behörden und Zivilgesellschaft trotz aller Herausforderungen

und Momenten der Überforderung insgesamt beeindruckend waren. Ebenso wurde konstatiert, dass diese Erfahrungen und Lernprozesse nun evaluiert und verstetigt werden müssten, u.a. um Informationsflüsse zu verbessern und Personal zu qualifizieren. Vereinfachte und verbesserte Verfahren und Teilhabechancen sollten statt einer „selektive Willkommenskultur“ im Sinne eines „upscaling“ für alle Geflüchteten und Migrant*innen unabhängig von Aufenthaltstiteln ermöglicht werden. Das Thema Wohnen ist und bleibt dabei eines der zentralen Themen.

Fazit und Ausblick

Mit 18 Monaten Laufzeit und in Anbetracht der anhaltenden Einschränkungen waren die Rahmenbedingungen für den europaübergreifenden Austausch und die Zusammenarbeit im Projekt HOUSE-IN durchaus

erschwert. Doch die engagierte Zusammenarbeit der beteiligten Partner*innen ermöglichte es uns, einen äußerst konstruktiven und kritischen Austausch zum Nexus von Wohnen und Teilhabe umzusetzen, von den Praxisbeispielen der Beratung, Unterstützung und innovativen Wohnformen zu lernen, sowie kritische Entwicklungen eingehend zu diskutieren. Die neuen und intensivierte Kontakte zwischen den Partner*innen werden auch nach Ende des Projekts fortbestehen und weitere Kooperationen werden angestoßen. Es werden drei Policy Information-Broschüren erstellt, die Herausforderungen, Handlungsansätze verschiedener Akteure und vielversprechende Praxisansätzen zu den Themen Wohnungsmarktzugang, Diskriminierung und soziale Teilhabe vorstellen⁷.

Es wurde deutlich, dass ein nachhaltiger Umgang mit dem Thema Ankommen und Wohnen von Migrant*innen unter den Bedingungen angespannter Wohnungsmärkte in Europa eine Herausforderung ist und auch bleiben wird. Während die lokalen Lösungsansätze im Kontext Wohnen und Teilhabe oftmals kurzfristiger Art sind (u.a. durch zeitlich begrenzte Förderphasen, temporäre Wohnlösungen), bleiben die Herausforderungen langfristiger Natur. Denn Fluchtmigration und deren Temporalität erfordern neue, flexiblere und zugleich langfristige Perspektiven, um den Menschen in einer Stadt adäquaten Wohnraum, Zugang zu Bildung, Arbeit und politischer Teilhabe zu ermöglichen. Zugleich findet die Fluchtzuwanderung in Zeiten eines allgemeinen Mangels an bezahlbarem Wohnraum statt. In einer ganzheitlichen Perspektive auf Wohnen und Nachhaltigkeit müssen diese Themen starker zusammengedacht werden.

⁷ Veröffentlichung voraussichtlich März 2023 unter www.ufz.de/house-in.

Literatur

- Antidiskriminierungsbüro [ADB] Sachsen e. V. (2017). Rassistische Diskriminierung auf dem sächsischen Wohnungsmarkt. <https://www.adb-sachsen.de/de/angebote/materialien/rassistische-diskriminierung-auf-dem-saechsischen-wohnungsmarkt>
- Arroyo, I., Montesino, N., Johansson, E., & Yahia, M. W. (2021). Social integration through social connection in everyday life. Residents' experiences during the COVID-19 pandemic in SällBo collaborative housing, Sweden. *International Journal of Architectural Research*, 15(1), 79–97.
- Astolfo, G. Allsopp, H., Duszczyk, M., Franz, Y., Haase, A., Laksevics, K., Nasya, B., Raubisko, I., Reeger, U., & Schmidt, A. (2022, 20. Juni). Now and then. Precariousness, double standards and racism in housing refugees. University College London Blog. <https://blogs.ucl.ac.uk/dpublog/2022/06/20/now-and-then-precariousness-double-standards-and-racism-in-housing-refugees/>
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). (2022). Bevölkerung mit Migrationshintergrund. <https://www.bpb.de/kurzknapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/bevoelkerung-mit-migrationshintergrund/>
- Haase, A. (2020). Covid-19 as a Social Crisis and Justice Challenge for Cities. *Frontiers in Sociology*, 5, 583638.
- Haase, A., Allsopp, H., Arroyo, I., Franz, Y., Laksevics, K., Lazarenko, V., Nasya, B., Raubisko, I., Reeger, U., Saadeh, B., Schmidt, A. & Stevens, U. (2022). Refugee migration from Ukraine to other parts of Europe – challenges with regard to the housing-integration intersection at the city level. *Radical Housing Journal*, 4(2), 211-216.

- Haase, A. & Schmidt, A. (2021). Grüne Gentrifizierung. Eine neue Herausforderung für nachhaltige Stadtentwicklung. In J. Glatter & M. Mießner (Hrsg.), *Gentrifizierung und Verdrängung. Aktuelle theoretische, methodische und politische Herausforderungen*. transcript Verlag.
- Habitat for Humanity (2021). *Housing and the Sustainable Development Goals. The transformational impact of housing*. https://www.habitat.org/sites/default/files/documents/Solid-Ground-SDG_booklet-update-2021.pdf
- Haller, L., Uhr, T., Frederiksen, S. E., Rischke, R., Yana1mayan, Z. & Zajak, S. (2022). *New platforms for engagement. Private Accommodation of forced migrants from Ukraine*. DeZIM.insights Working Papers 5. German Center for Integration and Migration Research (DeZIM).
- Reeger, U. & Franz, Y. (2021). *Erschwinglicher Wohnraum für Viele, aber nicht für alle*. Zuwanderung und der Wiener Wohnungsmarkt. *ISR-Bulletin* 6/2021
- Rink, D. (2020). *Leipzig: Wohnungspolitik in einem Wohnungsmarkt mit Extremen*. In D. Rink & B. Egner (Hrsg.), *Lokale Wohnungspolitik*. Nomos.
- Stadt Leipzig (2021). *Migrantenbefragung 2020. Ergebnisbericht*. Leipzig.
- Stadt Leipzig (2022a). *Unterbringung von Geflüchteten in der Zuständigkeit der Stadt Leipzig - Stand: 31. Oktober 2022*. https://ratsinformation.leipzig.de/all-ris_leipzig_public/vo020?VOLFDNR=2007158&refresh=false
- Stadt Leipzig (2022b). *Statistisches Jahrbuch 2022*. Leipzig.
- Werner, F., Haase, A., Renner, N., Rink, D., Rottwinkel, M., & Schmidt, A. (2018). *The Local Governance of Arrival in Leipzig: Housing of Asylum-Seeking Persons as a Contested Field*. *Urban Planning*, 3(4).